



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Wahrung der bestehenden vertragsärztlichen und vertragszahnärztlichen Abrechnungssystematik

Aktuell seit 03.07.2026 11:51:07

Angegeben von:

RA Sascha Milkereit – Rechtsanwalt (R000366) am 18.06.2026

Beschreibung:

Die geplante Begrenzung der Vergütungssteigerungen auf die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen wird abgelehnt. Leistungen nach Terminvermittlung oder in offenen Sprechstunden sollen wieder in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung überführt werden. Die Stellungnahme bezweifelt die Aussage, dass diese Vergütungen keinen spürbaren Einfluss auf die Versorgung gehabt hätten. Es wird erwartet, dass sich der Zugang zur ambulanten Versorgung dadurch verschlechtert. Die verbliebenen extrabudgetären Leistungen sollen künftig über neue Gesamtvergütungen finanziert werden. Die Begründung des Gesetzes, dadurch angebotsinduzierte Nachfrage einzudämmen, wird zurückgewiesen.

Zu Regelungsentwurf

1. **Bundestags-Drucksachenummer:**

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (1)

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

SGB 5 [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Als Hauptstadtrepräsentant für DGMKG und BDO formuliere ich Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungsentwürfen welche ich an Regierungsvertreter oder Abgeordneten sende sowie diesen gegeb. zusätzlich über andere Organisationen zur Kenntnis reichen. Ich nehme an Verbändeanhörungen im BMG oder im Deutschen Bundestag teil, nehme Kontakt zum Bundesministerium für Gesundheit sowie den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages auf und organisiere parl. Abende auf denen Regierungsvertreter oder Abgeordnete zugegen sind.

Auftraggeber/-innen (1):

1. Berufsverband Deutscher Oralchirurgen BDO e.V.

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Berufsverband Deutscher Oralchirurgen BDO e.V.
2. Deutsche Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie e.V.

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2606180041 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]